

Protokoll Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 26.05.2021
Beginn der Sitzung: 17:32 Uhr
Ende der Sitzung: 19:00 Uhr
Sitzungsort: Nordseehalle, Früchteburger Weg 17-19

Anwesend:

Vorsitzender
Hencke, Knut

SPD-Fraktion
Götze, Horst für Regina Meinen
Haase, Hans-Dieter für Elfriede Meyer

CDU-Fraktion
Ohling, Albert

FDP-Fraktion
Busch, Friedrich

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder
Fritzsche, Karola
Müller-Goldenstedt, Peter-Florian

Beratende Mitglieder

Jebens, Christoph	Vertreter der ev. luth. Kirchengemeinde
Ouedraogo, Abdou	Vertreter der Interessen ausländischer Kinder und Jugendlicher
Schäfer, Stephanie	Elternvertreterin von Kindertagesstätten
Spannhoff, Dagmar	Vertreterin der kath. Kirchengemeinde
Wilts, Elfriede	Vertreterin der Interessen behinderter Kinder und Jugendlicher
Fekken, Okka	kommunale Gleichstellungsbeauftragte
Reibe, Ulf	Stadtjugendpfleger
Sprengelmeyer, Thomas	Leiter des Jugendamtes

Verwaltungsvorstand
Kruithoff, Tim Oberbürgermeister

von der Verwaltung
Christians, Jörg
Kubik, Eike
Ricken, Odilie

Protokollführung
Bleeker, Sonja

Protokoll Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Hencke begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 33 über die Sitzung am 25.02.2021

Beschluss: Das Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.02.2021 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Familiennetz;
- Familienhebammen
- Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger*innen
Vorlage: 17/1903

Herr Sprengelmeyer teilt mit, das Thema Familiennetz sei häufig im Jugendhilfeausschuss behandelt worden. Ein erster Beschluss für das Projekt erfolgte im Jahr 2009, in den Folgejahren sei es kontinuierlich ausgebaut worden. Das Klinikum Emden sei seinerzeit auserwählt worden, weil dort 90 Prozent der Emder Kinder geboren worden seien. Es sei wichtig gewesen Eltern, insbesondere die Mütter, zu erreichen. Die Schließung der Kinderstation im Frühjahr 2020 und der Wegfall der Emder Geburtenstation im April 2021 verändern diese Grundvoraussetzungen. Aktuell würden sich Geburten auf die Ubbo-Emmius-Klinik in Aurich sowie das Borromäus Hospital und das Kreiskrankenhaus in Leer verteilen. Auch in den Kliniken in Westerstede und Oldenburg würden vermehrt Entbindungen stattfinden. Ziel sei, Emder Familien das Angebot zur Unterstützung und Begleitung durch Fachkräfte der Frühen Hilfen sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund sei mit der Trägergesellschaft des Klinikums gesprochen worden. Gemeinschaftlich werde dem Rat über den Jugendhilfeausschuss nun vorgeschlagen, dass die Stadt

Protokoll Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Emden die Trägerschaft dieses Projektes übernehmen solle. Die Finanzierung sei gesichert durch eine Bezuschussung von aktuell 92.000 Euro.

Herr Haase begrüßt, dass die dauerhafte Übernahme und Finanzierung des Projektes gesichert sei. Auf Wunsch von Frau Meinen, für welche er heute die Vertretung übernehme, möchte er die soziale Leistung hervorheben. An diesem Beispiel werde deutlich, dass solche freiwilligen Leistungen nicht einsparbar seien. Seiner Meinung nach setzen sie einen deutlichen Akzent und prägen das soziale Gesicht dieser Stadt. Seitens der SPD-Fraktion signalisiert er Zustimmung.

Herr Busch schließt sich den Worten von Herrn Haase an. Seine Fraktion sehe die Notwendigkeit dieser Maßnahme als Kompensation und Transformation bis zur Fertigstellung des Zentralklinikums. Wichtig seien Hilfen für jungen Familien mit kurzen Wegen, niederschweligen Zugängen und fachlicher Anbindung. Die FDP-Fraktion begrüße das Projekt.

Herr Ohling gibt an, die CDU-Fraktion unterstütze das Projekt ebenfalls.

Beschluss: Die Stadt Emden übernimmt die Trägerschaft des Projekts Familiennetz.

Das Personal (ca. 1,5 AK) wird vom Klinikum übernommen.

Zur Finanzierung dieser Maßnahmen werden aus den bisherigen Transferaufwendungen ans Klinikum in Höhe von 92.000 € entsprechende Mittel in den Teilpersonalhaushalt des FD 651.4 übertragen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Rahmenkonzeption der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
Vorlage: 17/1900

Herr Jaspers informiert, bereits in der Sitzung vom 25.02.2020 sei die Rahmenkonzeption der Offenen Kinder- und Jugendarbeit vorgestellt worden. Aufgrund der Komplexität der Konzeption sei nach einer ausgiebigen Diskussion vereinbart worden, den Ausschussmitgliedern zusätzliche Zeit für eine intensivere Betrachtung zu geben. Die Umsetzung sollte auf der darauffolgenden Sitzung beschlossen werden. Aufgrund der Corona-Pandemie sei dies nicht mehr erfolgt.

Frau Ricken (Kinder-u. Jugendhaus Barenburg), **Herr Kubik** (Freizeitsportanlage „Big Point“) und **Herr Jaspers** erläutern anhand einer Power-Point-Präsentation die Rahmenkonzeption der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Sie gehen auf die Arbeitsprinzipien, Leit- und Wirkungsziele ihrer Arbeit sowie auf die Nachwirkungen der Corona-Pandemie ein. Diese Präsentation ist unter www.emden.de einsehbar.

Herr Hencke bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ouedraogo greift die Themen der Präsentation „Zielorientierte Arbeitsweise“ und „Professionelle Beziehung zu den Zielgruppen“ auf. Er lobt das Engagement. Seiner Ansicht nach solle die Familie in der aktuellen Zeit im Mittelpunkt stehen. Es würden Instrumente zur Unterstützung der Familien gebraucht. Die Ausführungen zeigen auf, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit in Emden zeitgemäß sei.

Herr Haase schließt sich den Worten von Herrn Ouedraogo an. Die Präsentation mache den breiten Konsens deutlich, welcher für diese Art von Arbeit anzutreffen sei. Die Konzeption und der jahrzehntelange Aufbau der Offenen Kinder- und Jugendarbeit seien überzeugend. Als Bei-

Protokoll Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

spiel hebt er die erfolgreiche Arbeit des Kinder- und Jugendhauses in Barenburg hervor. Er bittet die Politik, für diesen Bereich auch zukünftig finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Wichtig sei, den Aufbau der Offenen Kinder- und Jugendarbeit weiterhin zu stärken und langfristig diese qualitativ hochwertige Arbeit sicherzustellen. Dies sei insbesondere mit Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie wichtig. Er bittet die anderen Fraktionen dieser Vorlage zuzustimmen.

Herr Busch schließt sich den Worten von Herrn Haase an. Auch er bedankt sich für das Engagement der Mitarbeiter*innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Insbesondere mit Blick auf die Auswirkungen der Corona Pandemie sei diese Arbeit wichtig. Er signalisiert Unterstützung seitens der FDP-Fraktion.

Herr Ohling schließt sich den Worten seiner Vorredner an. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Weiter fragt er, wie mit Jugendlichen umgegangen werde, bei denen psychische Auffälligkeiten bemerkt würden.

Frau Ricken antwortet, es sei grundsätzlich wichtig, die Grenzen bei solchen Situationen zu kennen. Sie denkt, eine Sozialarbeiterin/ein Sozialarbeiter könne erkennen, wenn es ernsthaft werde. Es sei zu unterscheiden, ob es eine momentane Krise oder krisenhaft sei. Bei ernsthaften Fällen würde den Kindern und Jugendlichen Hilfe durch entsprechende Fachkräfte empfohlen. Sie bemerkt, aktuell seien in Emden jedoch die Plätze für psychologische Beratung sehr rar und es gebe Wartelisten.

Herr Renken weist darauf hin, dass er weder stimmberechtigtes noch vertretendes Mitglied in diesem Ausschuss sei. Er möchte dennoch signalisieren, dass seine Fraktion die Rahmenkonzeption befürwortet und lobt die Ausarbeitung. Deutlich macht er, der Rat müsse die finanziellen Mittel für die Arbeit in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bereitstellen. Was diese Rahmenkonzeption letztlich wert sei, würde in den Haushaltsberatungen debattiert. Die Bereitstellung von finanziellen Mitteln liege in der Verantwortung der Fraktionen dieses Ausschusses.

Herr Götze weist darauf hin, aufgrund der Corona-Pandemie sei es für Jugendliche schwierig einen Berufsausbildungsplatz zu erhalten. Der Übergang Schule-Beruf sei ein entscheidender Faktor, Jugendliche auf die Zukunft vorzubereiten. Corona-bedingt würden zu diesem Thema keine Veranstaltungen mehr stattfinden. Weiter spricht er den Planungsstand der Jugendberufsagentur an, der sich ebenfalls aufgrund der aktuellen Situation verzögere. Er appelliert an die Arbeitgeber sich diesbezüglich besser einzubringen. Er fragt, inwieweit die Offene Kinder- und Jugendarbeit in diese Situation involviert sei.

Herr Sprengelmeyer führt aus, durch den Vortrag sei deutlich geworden, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit sich an die Lebenswelt und an den Sozialräumen der Kinder und Jugendlichen orientiert. Jugendliche, die jetzt im Übergang Schule-Beruf seien, würden in den Jugendzentren angesprochen und begleitet. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit sei in der Jugendförderung angesiedelt. Er informiert, Herr Jaspers arbeite in der Projektgruppe Jugendberufsagentur mit. Der Start der Jugendberufsagentur habe sich aufgrund der Corona-Situation verzögert, stehe jedoch kurz bevor. Er macht darauf aufmerksam, dass das Thema Übergang Schule-Beruf an gesonderter Stelle noch einmal thematisiert werden müsse.

Beschluss: Das in der Sitzung des JHA am 25.02.2020 vorgestellte Rahmenkonzept der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 7 Zuschüsse an Vereine und Verbände aufgrund der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit
Vorlage: 17/1904

Herr Reibe macht eingangs auf die starken Veränderungen der Ergebnisse aufgrund der Corona-Pandemie im vergangenen und in diesem Jahr aufmerksam. Anhand einer Power-Point-Präsentation informiert er über die eingegangenen Anträge von Vereinen und Verbänden auf Zuschüsse nach den Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Hencke bedankt für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Busch bemerkt, die Zuschüsse würden dazu beitragen, dass junge Menschen Eigeninitiative ergreifen und gemeinsame Unternehmungen machen. Seine Fraktion stimme dem Beschluss zu.

Beschluss:

An Vereine und Verbände werden entsprechend der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit die aus der Anlage zur Vorlage ersichtlichen Zuschüsse für Jugendgruppen, sonstige Zuschüsse, Fahrten und Lager, internationale Begegnungen und sowie Kinder- und Jugenderholung gezahlt.

1. Der Verein Eltern- und Kinderzentrum Wackelpeter e.V. erhält eine Ausnahmegenehmigung für den Betreuerschlüssel für die Kinder- und Jugenderholung in Spieker im Harz.
2. Der Verein Eltern- und Kinderzentrum erhält einen Zuschuss für die Anschaffung eines Getränkedispensers.
3. Der Verein Eltern- und Kinderzentrum Wackelpeter e. V. erhält einen Zuschuss für eventuell erforderliche Corona-Schnelltests.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 8 Sachstandsbericht zum Anmeldeverfahren für das Kita-Jahr 2021/2022
Vorlage: 17/1901

Herr Christians kündigt die Vorstellung eines Berichtes zu den tatsächlichen Platzbelegungszahlen in den städtischen Einrichtungen nach der Sommerpause an. Über das vor kurzem abgeschlossene onlinebasierte Kita-Anmeldeverfahren für die Vergabe der Plätze zum Kita-Jahr 2021/2022 informiert er anhand einer Power-Point-Präsentation. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Hencke bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Haase findet es positiv, dass mit der Ausbaupolitik geschafft wurde, die Betreuungsbedarfe fast abzudecken. Aufgrund der enormen Preissteigerungen und Lieferschwierigkeiten für Baumaterialien sei er besorgt, dass dadurch möglicherweise Projekte der Ausbauplanung gefährdet werden. Er fragt, ob die Träger der Projekte Neukalkulationen oder spätere Baubeginne signalisiert hätten, räumt jedoch ein, dass diese Frage zum jetzigen Zeitpunkt vielleicht noch nicht zu beantworten sei. Er plädiere für eine transparente Aufklärung dieser Situation, insbesondere für die Eltern.

Protokoll Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Kruthoff teilt mit, dass auch das kommende Kindergartenjahr für Eltern eine Herausforderung werde. Auch in diesem Jahr könnten die Bedarfe an Betreuungsplätzen nicht gedeckt werden. Es gebe die Ausbauplanung und perspektivisch würden Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden, jedoch könne sich auch die Nachfrage verändern.

In letzter Zeit seien viele Investitionen für den Neu- und Ausbau getätigt worden. Es sei jedoch wichtig, auch die Bestandskindertagesstätten im Stadtgebiet wertzuschätzen. Mit Blick auf die heutigen Kita-Standards hätten viele ältere Einrichtungen Investitionsbedarf. Deshalb seien in nächster Zeit die Investitionen zu priorisieren.

Zu den Preissteigerungen für Baumaterialien informiert er, die geplanten Bauprojekte würden im Moment weitergeführt. Auf die Frage von Herrn Haase antwortet er, dass es zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar sei, wie nachhaltig diese Kostensteigerungen seien. Er bemerkt, auch in anderen Krisen seien Preise temporär stark gestiegen. Bei den Bauprojekten seien Sicherheitsschleifen eingezogen worden. In diesem Zusammenhang spricht er auch die geplante Sanierung für das Freibad im Stadtteil Borssum an. Er hält an seiner Aussage fest, dass vor Beginn einer Ausschreibung die Situation genau geprüft werden müsse und diese ggf. zurückgehalten werde, auch wenn dies dann negative Konsequenzen bedingen würde. Er betont, dass Förderbeiträge für die Errichtung der Kitas ohnehin gering seien und nicht der Baukostensteigerung angepasst würden. Herr Jahnke und Herr Christians überwachen verantwortungsbewusst die finanzielle Situation. Ziel sei, dass Thema Ausbauplanung schnell voranzubringen. Sollten die Kosten jedoch extrem steigen, würde eine Notbremse greifen.

Ergebnis: einstimmig

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 9 Elternbeiträge zur Krippe in Zeiten der Pandemie;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 29.04.2021
Vorlage: 17/1902

Herr Busch erläutert den Antrag seiner Fraktion. Er bemerkt, dass der Jugendhilfeausschuss aufgrund der Pandemie nur selten tagen konnte. Die Tagungen der Fachausschüsse würden nicht nur der Beratung dienen, sondern auch zur transparenten Information der Bürgerschaft über die getroffenen Entscheidungen. Diese Informationen hätte die Bürgerschaft während der Pandemie über die Presseberichterstattung erhalten. Er spricht der örtlichen Presse dafür seinen Dank aus.

Herr Hencke bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Erläuterungen.

Herr Christians erläutert, bereits zu Beginn der pandemiebedingten Schließungen von Kitas im Frühjahr 2020 seien im Verwaltungsausschuss entsprechende Beschlüsse gefasst worden. Die Einzüge der Entgelte für die Monate April und Mai 2020 seien somit nicht erhoben worden. Im weiteren Verlauf sei ein sukzessiver Ausbau der Notbetreuung bis zu einer Kapazität von 50% der jeweiligen Gruppenstärken erfolgt. Diese sei jedoch nur bei Szenario C (Schließung der Einrichtungen mit Notbetreuung) eingetreten. In diesem Zusammenhang sei besprochen worden, dass im Rahmen der Inanspruchnahme, d. h. anteilig von den Eltern, welche diese Notbetreuung für ihre Kinder nutzen, entsprechende Entgelte zu zahlen seien. Die Umsetzung sei durch die Träger und die Stadt entsprechend erfolgt. Parallel sei den Trägern mitgeteilt worden, dass lediglich die tatsächlich eingenommenen Beträge entsprechend in die Betriebskostenabrechnungen einfließen. Letztlich trage die Stadt die entgangenen Einnahmen der Träger. Der

Protokoll Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

endgültige Verzicht müsse, sofern die Corona-Situation sich bessere und Kitas wieder im Regelbetrieb seien, von der Verwaltung noch einmal in Summe dargestellt werden. Dieser sei abschließend vom Rat zu beschließen. Deutlich macht er, dass seitens der Verwaltung eine transparente Information an die Presse und an die Träger erfolgt sei. Eltern seien entsprechend über die Einrichtungen informiert worden.

Herr Busch macht darauf aufmerksam, in der Stellungnahme der Verwaltung sei formuliert, dass in diesem Zusammenhang auch eine finanzielle Unterstützung des Landes wünschenswert gewesen sei. Er bemerkt, dass darauf alle hoffen würden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Jugendgerichtshilfe

Herr Sprengelmeyer teilt mit, die Aufgaben der Jugendgerichtshilfe seien im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922 und im Jugendgerichtsgesetz von 1923 verankert gewesen. Vor diesem Hintergrund hätten in den vergangenen zwei Jahren die Jugendämter diskutiert. Nunmehr sei das Gesetz in „Jugendhilfe im Strafverfahren“ umbenannt worden und entspricht so der Verordnung im SGB VIII.

Jugendparlament

Herr Sprengelmeyer führt aus, neben anderen Projekten sei auch die Bildung des Jugendparlaments durch die Pandemie beeinflusst worden. Die für das Frühjahr 2020 vorgesehene Auftaktveranstaltung mit 40 Jugendlichen habe erst im September stattgefunden, die Beschlüsse seien für den November vorgesehen gewesen. Wegen der zweiten Infektionswelle sei der Beschluss erst am 18.03.2021 erfolgt. Unter Berücksichtigung der Kommunal- und Bundestagswahlen sollten die Jugendparlamentswahlen vor der Sommerpause stattfinden. Bis zum 03.05.2021 konnten Wahlvorschläge eingereicht werden. Das Jugendparlament bestehe aus 15 Kandidat*innen. Letztlich hätten sich 12 Kandidat*innen beworben. Vor diesem Hintergrund könne keine Wahl durchgeführt werden. In der vergangenen Woche fand ein gemeinsames Treffen mit den Kandidat*innen, dem Planungszirkel und Vertreter*innen der Verwaltung statt. Nunmehr solle dem Rat in der Sitzung am 15.07.2021 vorgeschlagen werden, das Jugendparlament zunächst als einjähriges StartUp zu gründen. Das StartUp-Jugendparlament solle dann die Arbeit mit sämtlichen Rechten und Pflichten aufnehmen (z. B. Teilnahme an Ausschüssen). Die Jugendlichen würden im Jugendzentrum „Alte Post“ ein Büro bekommen. Bei noch vorbereitenden Treffen in der nächsten Zeit solle versucht werden, weitere Jugendliche zu finden, um das Jugendparlament bis auf 15 Mitglieder aufzufüllen.

TOP 11 Anfragen

1. Sachstand Sanierung Jugendzentrum „Alte Post“

Herr Renken fragt nach dem Sachstand der Sanierung Jugendzentrum „Alte Post“. Die Fördermittel seien bereits bewilligt worden und in 2020 sei der Beginn der Sanierung geplant gewesen. Neben dem Stand des Ausbaus fragt er auch nach der inhaltlichen Konzeption für eine zukünftige Nutzung des Gebäudes. Er möchte wissen wann und wie diese, auch unter Pandemie-Bedingungen, umgesetzt werden könne. Seiner Kenntnis nach sei bisher lediglich im GME-Ausschuss der Dachausbau als Vergabe behandelt worden. Weitere Vergabebeschlüsse seien ihm nicht bekannt.

Protokoll Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Sprengelmeyer gibt an, die Sanierung laufe unter der Federführung des GME. Daher sei der Sachstand im GME-Ausschuss zu behandeln. Im nächsten Jugendhilfeausschuss könnte zu der weiteren Nutzung Stellung genommen werden. Er sichert zu, diese Themen mitzunehmen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.